



Institut für Bildung in der
Informationsgesellschaft

Ergebnisbericht zur Online-Befragung „Wohnraumversorgung von Inhaftierten und Haftentlassenen“

IBI – Institut für Bildung in der Informationsgesellschaft gGmbH

Jenny Hayes

Svenje Marten

Christine Nolte

Berlin, Juni 2018

Inhalt

1. Über die Erhebung.....	3
2. Zusammenfassung der Ergebnisse.....	3
2.1. Problemstellung	4
2.2. Netzwerkarbeit und Kooperation.....	5
2.3. Gremienarbeit zum Thema Wohnen	6
2.3.1. Erfolgsfaktoren und Gestaltungswünsche.....	7
2.3.2. Kreis der Teilnehmerinnen und Teilnehmer	10
2.4. Die Initiative der SenJustVA.....	11
3. Anhang.....	13
Fragebogen	13

„Wohnraum gehört zu den Grundvoraussetzungen von Resozialisierung!“

1. Über die Erhebung

Die Befragung wurde von der Senatsverwaltung für Justiz, Verbraucherschutz und Antidiskriminierung (SenJustVA) initiiert. Ziel war es, bezüglich der drängenden Thematik der Wohnraumversorgung von (Inhaftierten und) Haftentlassenen zu erkunden, ob die beteiligten Akteure ein Gremium zur Bearbeitung des Themas Wohnraumversorgung befürworten und welche Arbeitsform sowie welcher Teilnehmendenkreis als geeignet erscheinen. Bei dem befragten Personenkreis handelte es sich um Berliner Justizvollzugsanstalten (über den Weg der Sozialdienstkoordinator/innen), die Sozialen Dienste der Justiz, die Senatsverwaltung für Integration, Arbeit und Soziales, die Sozialämter und Wohnungslosenhilfen der Berliner Bezirksamter, kommunale Wohnungsbaugesellschaften sowie Freie Träger der Straffälligenhilfe. Der Fragebogen wurde zudem über den September-Newsletter der SenJustVA (Abteilung III) beworben. Die Liste der Adressaten sowie der zugrundeliegende Fragenkatalog wurden in Abstimmung mit Herrn Abraham von der SenJustVA entwickelt. Die Befragung wurde mit dem online-Tool LimeSurvey durchgeführt, die Zielgruppe wurde per E-Mail mit enthaltenem Link zur Umfrage eingeladen und an die Beantwortung erinnert. Die Umfrage wurde im November 2017 abgeschlossen.

Von 236 online geöffneten Fragebögen waren 119 Fragebögen gültig beantwortet.

2. Zusammenfassung der Ergebnisse

Der Großteil der Antworten wurde aus den Berliner Vollzügen sowie den Sozialen Diensten der Justiz eingereicht. Ein weiteres Fünftel der Antworten stammt von Mitarbeitenden freier Träger. Einige wenige Rückmeldungen wurden von Bezirksamtern und Wohnungsbaugesellschaften eingesandt.

In welcher Institution arbeiten Sie?

Justizvollzugsanstalten	52
Soziale Dienste der Justiz	42
Freie Träger	11
Bezirksämter	6
Soziale Wohnhilfen	2
Wohnungsbaugesellschaften	2
Sozialamt	1
Sonstige	1
Antworten gesamt	117

n=119, missing=2

2.1. Problemstellung

Bei der Frage zu den drängendsten Problemen in Bezug auf die Versorgung von Gefangenen mit Wohnraum entfallen die mit Abstand meisten Nennungen auf die Beschaffung von Wohnraum für die Klientel der Gefangenen. Die Finanzierung des Wohnraums sowie die Kostenübernahme für bestehenden Wohnraum während der Inhaftierung werden von knapp der Hälfte der Befragten als vordringliches Problem eingeschätzt. Die Sicherung von Wohnraum für Angehörige und die Bedarfsgemeinschaft erscheint dagegen weniger problematisch. Weitere Antworten deuten an, dass Reibungsverluste bei der Zusammenarbeit mit den Bezirks- und Sozialämtern existieren sowie praktische Probleme in der Umsetzung der Wohnraumversorgung auftreten.

Welche sind für Sie die drängendsten Probleme in Bezug auf die Versorgung von Haftentlassenen mit Wohnraum?

Beschaffung von Wohnraum	102
Finanzierung von Wohnraum	50
Kostenübernahme für bestehenden Wohnraum (während der Haft)	55
Sicherung des Wohnraums für Bedarfsgemeinschaften/ Angehörige	16

Sonstige (s.u., Zusammenfassung)	8
<ul style="list-style-type: none"> • Kostenübernahme gelingt nicht, wenn wie bei Sicherungsverwahrten und lebenslänglich Verurteilten kein fester Entlassungstermin garantiert werden kann • Sicherung von Wohnraum während der Haft über die bisherige Handhabung (max. 6 Monate) hinaus • Abschieben von Zuständigkeiten durch die Bezirksämter/ Bewilligungspraxis der Sozialämter <ul style="list-style-type: none"> ○ WBS u. M-schein besorgen • Projekte des betreuten Wohnens für psychisch belastete Menschen (Psychisch Kranke / Suchtkranke)/ für Haftentlassene fehlen • mangelnder Angebote auf dem Wohnungsmarkt 	

n=119, missing=11; Mehrfachantworten waren möglich

2.2. Netzwerkarbeit und Kooperation

Zwei Drittel der Befragten arbeitet mit freien Trägern zusammen. Davon im Einzelnen insbesondere mit der Freien Hilfe e.V., der Straffälligen- und Bewährungshilfe e.V. und der Universal-Stiftung Helmut Ziegner. Ein weiteres Drittel arbeitet mit der Sozialen Wohnhilfe. Auf Jobcenter, Sozial- und Bezirksämter, Justizvollzugsanstalten sowie Betreutes Wohnen entfallen rund je ein Viertel der Nennungen.

Eine Netzwerkbildung existiert vor allem in Kooperation mit freien Trägern und thematisch passenden Netzwerken, Arbeitskreisen und Institutionen. Eine Reihe von ca. 80 Einzelnennungen weiterer Institutionen, Gremien und Netzwerke gibt Hinweise auf mögliche Kooperationspartner im Rahmen eines Arbeitsgremiums zum Thema Wohnen (siehe auch Anhang Fragen 2.2.2 und 2.2.3).

Die Vernetzungsstrukturen beziehen sich aufgrund des hohen Rücklaufs aus den Justizvollzügen sowie den Sozialen Diensten der Justiz im Wesentlichen auf deren Perspektive.

Mit welchen Institutionen arbeiten Sie zusammen?

Freie Träger allgemein, die häufigsten Nennungen nachfolgend	78
<ul style="list-style-type: none"> • Freie Hilfe e.V. 	22
<ul style="list-style-type: none"> • SBH e.V. 	16
<ul style="list-style-type: none"> • Universalstiftung Helmut Ziegner 	11

Soziale Wohnhilfe	37
Jobcenter	21
Sozialämter	17
JVA	14
Bezirksämter	13
Betreutes Wohnen	12

n=119; Mehrfachnennungen waren möglich; Darstellung ab >10 Nennungen, insgesamt wurde eine Vielzahl weiterer Institutionen genannt, welche zur Planung des Gremiums berücksichtigt werden kann.

Die Frage nach den Netzwerken, in die die Befragten eingebunden bzw. welche ihnen bekannt sind, wurde überwiegend in zahlreichen Einzelnennungen beantwortet. Der Arbeitskreis Wohnungsnot, die Zusammenarbeit mit den Trägern der Freien Straffälligenhilfe sowie das Netzwerk Integration von Haftentlassenen zählen zu den Mehrfachgenannten.

2.3. Gremienarbeit zum Thema Wohnen

Ein neues Gremium zum Thema Wohnen wird mehrheitlich befürwortet. Es werden jedoch auch eine Reihe von Gelingensfaktoren genannt, die bei einer Initiierung unbedingt zu beachten seien.

Erachten Sie die Einrichtung eines Gremiums zum Thema Wohnen für sinnvoll?

Ja	73
Nein	18

n=119, missing=28

Zur Teilnahme befragt, gab ein Drittel an, an dem Gremium teilnehmen zu wollen, ein weiteres Drittel lehnte die Teilnahme ab und ein Drittel zeigte sich un schlüssig.

Zur Ablehnung eines Gremiums äußerten sich nur 18 der befragten Personen. Die Gründe zeigen dabei eine weniger große Varianz und lassen sich zu einigen zentralen Argumenten zusammenfassen.

Erachten Sie die Einrichtung eines Gremiums zum Thema Wohnen für sinnvoll?

Wenn nein, warum nicht?

Wohnraum muss geschaffen werden	8
Das Problem ist bereits bekannt	4
Es gibt bereits zu viele Gremien, auch zu diesem Thema	3
Personelle Belastung	2
Ein solches Gremium ist nicht zielführend	3

n=119, missing=99

2.3.1. Erfolgsfaktoren und Gestaltungswünsche

Da die Fragen 3.1.1 "Halten Sie die Einrichtung eines Gremiums für sinnvoll, wenn ja warum?" und 4.1 "Welche Ziele sollte ein mögliches Gremium verfolgen?" beide auf inhaltliche Anregungen der Befragten abzielten, sind sie an dieser Stelle zusammengefasst. Um den Rahmen des vorliegenden Textes nicht zu sprengen, werden Kategorien benannt, in denen sich die meisten der Rückmeldungen zusammenfassen ließen. Ergänzend wurden einige der aussagekräftigsten Zitate aufgeführt. Eine Auflistung der Antworten auf diese offenen Fragen befindet sich im Anhang.

Kategorie 1): Betonung der Schwere der Problematik

Im Kern fehlt Wohnraum. Diese Problemlage wird von etlichen Befragten vehement geäußert und die davon ausgehenden Gefahren für die Resozialisierung deutlich, zum Teil in besorgten Tönen, vorgebracht. Den Antworten ist die Dramatik zu entnehmen, mit der den Befragten das Thema im Arbeitsalltag begegnet und die für alle Beteiligten frustrierende Handlungsunfähigkeit im Angesicht fehlendenden Wohnraumes.

- „Es ist ein andauernder Zustand, dass Wohnraum (wenn überhaupt) zunächst im Rahmen des betreuten Wohnens generiert werden kann. Ein großes Problem stellt dabei vor allem die Weitervermittlung in eigenen Wohnraum dar. Stabilisierende Elemente werden somit obsolet.“

- „Ein weiteres Problem ist der Umstand, dass Einrichtungen mit betreuten Wohnformen kaum mehr Plätze zur Verfügung haben, da sie ihre Klienten aus den Trägerwohnungen kaum mehr in den freien Wohnungsmarkt vermitteln können.“
- „Zudem wäre eine Übernahme von Mietkosten über 6 Monate hinaus in einigen Fällen kostengünstiger als Unterbringungskosten zu bezahlen, die in Wohnheimen/Hostels häufig kostenintensiver sind“

Kategorie 2): Handlungsvorschläge / Anregungen - Vernetzung und Kooperation

Fehlende oder mangelhafte Zusammenarbeit an den Schnittstellen zwischen vollzugsinterner und vollzugsexterner Betreuung von (ehemals) Gefangenen erleben die Befragten als einen zentralen Grund für nicht gelingendes Übergangsmanagement. Sie sehen den Verbesserungsbedarf vor allem in der behördenübergreifenden Kooperation und versprechen sich von einem Gremium Abhilfe in verschiedenen Bereichen.

- „Es gibt in den verschiedenen Bezirken unterschiedliche Regelungen, sowohl was den Wohnraumerhalt als auch die Erlangung betrifft. Besonders prekär ist es bei Menschen mit multiplen Problemlagen (z.B. Suchterkrankung, psych. Erkrankung...)“
- „Mein Eindruck ist, dass zwar alle das gemeinsame Ziel haben, zusammen mit dem Insassen eine Wohnung zu erlangen. Aber es arbeitet nur jeder für sich an diesem Ziel. Dann wird der Insasse von der einen Adresse zur anderen geschickt, dann fehlt da ein Dokument und dort noch ein Stempel. Von dem Gremium würde ich mir erhoffen wollen, dass die Kooperation unter den Stellen bereits unkomplizierter laufen würde.“
- Abbau von Hürden (Beseitigung von Hürden beim Übergang, z.B. Kontaktaufnahme zur Sozialen Wohnhilfe, Antragstellung ALG II, ...)
- Eruiierung der vorhandenen Wohnmöglichkeiten

Kategorie 3): Handlungsvorschläge / Anregungen - Wissenstransfer

Eine Folge der oben beschriebenen, teilweise schlecht funktionierenden, Zusammenarbeit ist das fehlende Wissen über Arbeitsverfahren und Arbeitsbereiche, Zuständigkeitsverteilungen

und Kooperationsmöglichkeiten. Von einem Gremium erhoffen sich die Befragten einen Austausch über Wissen und Erfahrungen und/oder gemeinsame Klientinnen und Klienten.

Folgende Antworten entfielen besonders häufig auf die o.g. Fragen:

- Ggf. Koordination und Ansprechpartner, um (...) Interessen zu bündeln, zu koordinieren, Netzwerkarbeit in dieser Sache zu betreiben, etc.
- Entwickeln von stabiler Netzwerkarbeit, insbesondere zu folgenden Zwecken:
 - Erfassen und Aktualisieren des Ist-Zustands (aktuelle Schwierigkeiten)
 - Gemeinsame Analyse der Problematik und anschließende Erarbeitung von gemeinsamen Konzepten und Lösungsstrategien
 - Fachwissen über Probleme unseres Klientel zusammentragen
 - Regelmäßige Berichte verfassen für zuständige Entscheider_innen in Senat und Abgeordnetenhaus
 - Festlegung genauer Verfahrensweisen, die einen nahtlosen Übergang von Haft zu Wohnraum gewährleisten/ Klare Strukturen bei Wohnraumbeschaffung und zentrales Management für Straffällige mit bevorstehender Haftentlassung

Kategorie 4): Handlungsvorschläge / Anregungen - Konzeptentwicklung und politische Lobbyarbeit

Eine große Anzahl der Befragten beschreibt das Problem mangelnder Handlungsfähigkeit im eigenen Arbeitsbereich. Die Sensibilisierung und Verantwortungsübernahme im Sinne einer aktiven Prozesssteuerung der Leitungs- und politischen Entscheidungsebenen wird als essentiell betrachtet. Dabei geht es Befragten vor allem um die Zusammenarbeit an den relevanten politischen Schnittstellen (Senatsverwaltung für JustVA, SenSW, Abgeordnetenhaus).

- „Ich glaube "nur" im Hinblick auf entlassene Strafgefangene macht es wenig Sinn, stattdessen müsste es eingebettet sein in eine breitere Struktur, die sich mit dem Thema Wohnen für Mieter, Niedrigverdiener und Wohnungslose als "Gesamtpaket" beschäftigt - da die Gefangenen bei Entlassungen in diese Kategorien fallen. Die Arbeit müsste vor allem öffentlichkeitswirksam tätig sein, um die Interessen mehr zu Gehör zu bringen. Die Dringlichkeit des

Themas muss weiter in den Vordergrund rücken. Wo sollen die "Berliner" hin? Es müssten politische Entscheidungen getroffen werden, die mehr Einfluss auf den Wohnungsmarkt haben.“

- „Das Gremium soll sich für bezahlbaren Wohnraum bei den entsprechenden Senatsverwaltungen einsetzen.“
- „Die Wohnraumfrage für Haftentlassene muss durch Fachleute und Entscheidungsträger geregelt werden, wenn das Thema erfolgreich behandelt werden soll.“
- „Rechtsgrundlagen für die Wohnraumsicherung während der Inhaftierung überprüfen und ggf. anpassen“

2.3.2. Kreis der Teilnehmerinnen und Teilnehmer

Befragt zu den möglichen Teilnehmerinnen und Teilnehmern sowie den bereits existierenden Zusammenschlüssen, mit denen das Gremium, falls initiiert, kooperieren sollte, nannten die Befragten folgende Institutionen:

Welche Institutionen sollten an dem Gremium teilnehmen?

Justizvollzugsanstalten	57
Soziale Wohnhilfen	55
Senatsverwaltungen, genannt wurden -für Bildung, Jugend und Familie -für Finanzen -für Gesundheit, Pflege und Gleichstellung -für Inneres und Sport -für Integration, Arbeit und Soziales -für Justiz, Verbraucherschutz und Antidiskriminierung -für Stadtentwicklung und Wohnen	53
Jobcenter	52
Soziale Dienste der Justiz	50
Arbeitsagenturen	46
Freie Träger der Straffälligenhilfe und der Wohnhilfe	32

Wohnungsunternehmen/ Genossenschaften	21
Bezirksämter	4
Sozialämter	3
Sonstige (s.u.)	11
<ul style="list-style-type: none"> - Wohnungswirtschaft (z.B. die BBU), Integrationsbeauftragte, Steuerungsgruppe des SPD der Bezirke, Vertreter*innen des Geschützten Marktsegment, Jugendämter, Gesundheitsamt (Sozialpsychiatrischer Dienst, z.B. für Menschen in Sicherungsverwahrung, KMV), Soziale Hilfe, Bundesarbeitsgemeinschaft Jugendhilfe im Strafverfahren (BAG JuHiS), Regionaler Sozialpädagogischer Dienst - SenJustVA sollte 2mal im Jahr zu einem Fachtag einladen, für neue Entwicklungen und Austausch 	

n=119, missing=22; Mehrfachantworten waren möglich

Welche der folgenden Gremien wären für eine Kooperation relevant?

Fachgruppe Wohnungslosenhilfe, Freie Straffälligenhilfe sowie übergreifende Arbeit der Schuldnerberatung im Integrierten Sozialprogramm	78
Fachgruppe Berliner Wohnungslosenhilfe der Qualitätsgemeinschaft Soziale Dienste	61
Arbeitskreis Wohnungsnot Berlin	60
Arbeitskreis therapeutischer Jugendwohngruppen Berlin	16
Sonstige (s.u.)	4
<ul style="list-style-type: none"> - Arbeitskreis ausländischer Inhaftierter - Neu zu gründendes Gremium "Ansprechpartner Sozialer Wohnungsbaugesellschaft und Koordinator Bewährungshilfe / JVA'en" - Anbieter von tagesstrukturierenden Maßnahmen für Menschen, die wohnungslos oder von Wohnungslosigkeit bedroht sind - Hausverwaltungen 	

n=119, missing=19; Mehrfachantworten waren möglich

2.4. Die Initiative der SenJustVA

Die Abschlussfrage des Fragebogens zielte darauf ab zu erfragen, welche Rolle und Aufgaben die Befragten der Senatsverwaltung für Justiz, Verbraucherschutz und Antidiskriminierung als Fachaufsicht über alle Prozesse im Strafvollzug zuschreiben.

Welche Initiative sollte die SenJustVA aus Ihrer Sicht ergreifen?

Dargestellt sind die acht häufigsten Nennungen als thematische Gruppierung:

- Schaffung eines arbeitsfähigen Gremiums
- Zusammenarbeit mit weiteren Senatsverwaltungen
- Konkretere Bedarfserhebung, z.B. konkret über das bestehende Wohnangebot für das Klientel der Gefangenen sowie über die verdeckte Obdachlosigkeit
- Einbeziehung der Wohnungsbaugesellschaften
- Schaffung von Wohnraum
- Thema Wohnraumversorgung zur Priorität machen
- Ausbau des Übergangsmanagements
- Marginalisierung entgegenwirken

3. Anhang

Fragebogen

Fragekomplex 1:

- 1.1 In welcher Institution arbeiten Sie?
- 1.2 Bitte erläutern Sie kurz, inwiefern Sie oder Ihre Kolleg_innen mit dem Thema Wohnraum für Inhaftierte und Haftentlassene zu tun haben.

Fragekomplex 2:

2.1 Welche sind für Sie die drängendsten Probleme in Bezug auf die Versorgung von Haftentlassenen mit Wohnraum?

- Beschaffung von Wohnraum
- Finanzierung von Wohnraum
- Kostenübernahme für bestehenden Wohnraum während der Inhaftierung
- Sicherung des Wohnraums für die Angehörigen/Bedarfsgemeinschaft von Inhaftierten
- Folgende, nämlich:

2.1 Zum Thema Wohnen für Inhaftierte und Haftentlassene:

- 2.1.1 Mit welchen Institutionen arbeiten Sie zusammen?
- 2.1.2 In welche Netzwerke/Kooperationen sind Sie eingebunden?
- 2.1.3 Welche weiteren Institutionen oder Netzwerke zum Thema kennen Sie?

Fragekomplex 3:

3.1 Erachten Sie die Einrichtung eines Gremiums zum Thema Wohnen für sinnvoll?

- 3.1.1 Wenn ja, warum?
- 3.1.2 Wenn nein, warum nicht?
- 3.1.3 Anstelle eines Gremiums wünsche ich mir folgende Alternative:

3.2 Wenn ja, welche Institutionen sollten daran teilnehmen? (z.B. Justizvollzugsanstalten, Arbeitsagenturen und Jobcenter, Senatsverwaltungen, Soziale Dienste der Justiz, Soziale Wohnhilfe etc.)

3.3 Welche der folgenden Gremien wären für eine Kooperation relevant?

- Fachgruppe Wohnungslosenhilfe, Freie Straffälligenhilfe sowie übergreifende Arbeit der Schuldnerberatung im Integrierten Sozialprogramm
- Fachgruppe Berliner Wohnungslosenhilfe der Qualitätsgemeinschaft Soziale Dienste
- Arbeitskreis Wohnungsnot Berlin
- Arbeitskreis therapeutischer Jugendwohngruppen Berlin
- Folgende, nämlich:

Fragekomplex 4:

4.1 Welche Ziele sollte ein mögliches Gremium verfolgen?

4.2 Würden Sie an einem solchen Gremium teilnehmen wollen?

- ja
- nein
- unter folgenden Umständen:

Fragekomplex 5:

5.1 Welche andere Art der Unterstützung wünschen Sie sich für das Thema?

5.2 Welche Initiative sollte die Senatsverwaltung für Justiz, Verbraucherschutz und Antidiskriminierung aus Ihrer Sicht ergreifen?

5.3 Sonstige Anmerkungen?